



Berlin, 17. Februar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

am 24. September kandidiere ich erneut als Bundestagskandidatin im Wahlkreis Hannover-Süd. Über die breite Unterstützung auf der Nominierungsveranstaltung habe ich mich sehr gefreut und danke herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Für mich ist es Ansporn und Verpflichtung zugleich.

In der letzten Woche haben die Parteispitzen von CDU und CSU beschlossen, gemeinsam mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Das ist ein wichtiges Signal der Geschlossenheit und Entschlossenheit. In diesem Bewusstsein werden wir die nächsten Monate angehen. Entscheidend ist, welches Angebot wir den Bürgerinnen und Bürgern für die nächsten vier Jahre machen. Die Generalsekretäre von CDU und CSU wurden beauftragt, den Entwurf für ein Wahlprogramm zu erarbeiten. Wir sorgen für einen starken Staat und eine starke Wirtschaft. Und wir leisten unseren Beitrag zur Bewältigung internationaler Krisen und Konflikte. Wir übernehmen Verantwortung im Rahmen der NATO und der Europäischen Union. Dies habe ich in der letzten Woche im Rahmen meines Antrittsbesuches beim us-amerikanischen Verteidigungsminister James Mattis in Washington sowie beim NATO-Verteidigungsministertreffen in Brüssel verdeutlicht.

Wir sollten aber nicht vergessen, dass es noch über sieben Monate bis zur Bundestagswahl sind. In den verbleibenden Sitzungswochen stehen noch wichtige Gesetzesvorhaben zur Beratung und Beschlussfassung auf der Tagesordnung – beispielsweise im Bereich der inneren Sicherheit. Hier wollen wir die Handschrift der Union deutlich machen und unser Land weiter voranbringen.

Unser Ziel ist klar: Bei der Regierungsbildung darf kein Weg an der CDU vorbeiführen. Dazu werden wir die inhaltliche Auseinandersetzung im Wahlkampf suchen. Und wir werden dem SPD-Kandidaten auf den Zahn fühlen. Sonntagsreden ohne konkrete Konzepte und Gedankenspiele zu einem rot-rot-grünen Bündnis werden wir nicht durchgehen lassen.

Mit den besten Grüßen aus Berlin

Ursula v. der Leyen



Sitzungswoche des Bundestages vom 14. bis 17. Februar 2017

Föderalismus weiterentwickeln

In der letzten Sitzungswoche haben wir eine umfassende Gesetzesänderung mit Reformen des föderalen Finanzgefüges und der Aufgabenerledigung im Bundesstaat beraten.

Vorgesehen ist, den bisherigen Finanzausgleich unter den Ländern durch die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer zu ersetzen. Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder werden dadurch besser gestellt und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene.

Daneben sind Reformen vorgesehen, um bestimmte Aufgaben besser und effizienter zu erledigen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen. Zudem erhält der Bundesrechnungshof zusätzliche Erhebungsrechte durch den Bund und eine engere Koordination des bundesweiten Steuervollzugs wird eingeführt.

Gelingt der Abschluss dieser Reform, besteht für Bund und Länder finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030. Wir werden bei den Beratungen darauf achten, dass die Bundesinteressen gewahrt werden.

Schutz für Polizisten und Rettungskräfte

Wir haben in dieser Woche ein unmissverständliches Signal gesetzt, dass wir Gewalt gegenüber Einsatzkräften nicht hinnehmen. Rabiate Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen immer mehr zu. Diese Attacken sind völlig inakzeptabel. Endlich ist der Koalitionspartner auf die langjährige Forderung der

Union eingegangen, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen.

Zukünftig droht Angreifern nicht nur bei sogenannten Vollstreckungshandlungen wie Festnahmen eine Strafe, sondern bereits bei allgemeinen Diensthandlungen wie dem Streifengang und der Unfallaufnahme. Zusätzlich wird eine Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt und der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, wenn er diese nicht verwenden wollte.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes schaffen wir die Möglichkeit zum Einsatz sogenannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen.

Ausweitung des Maßregelrechts bei extremistischen Straftätern

In erster Lesung haben wir einen Gesetzentwurf beraten, um die Weisung zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfessel) bei verurteilten extremistischen Straftätern nach der Entlassung in zwei Punkten auszuweiten. Eine elektronische Aufenthaltsüberwachung soll auch bei den Vergehen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, Terrorismusfinanzierung, der Unterstützung einer in- oder ausländischen terroristischen Vereinigung und des Werbens um Mitglieder oder Unterstützer für Selbige nach der Verbüßung von Haftstrafen möglich sein. Darüber hinaus sollen für die Anordnung künftig zwei, statt wie derzeit drei Jahre Haft ausreichend sein.

Nachtragshaushaltsgesetz 2016

In zweiter und dritter Lesung haben wir die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass der Bund noch im Jahr 2016 zusätzliche 3,5 Milliarden Euro für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen bereitstellen kann. Die konkreten Voraussetzungen für das neue Förderprogramm werden im Rahmen einer Änderung des Grundgesetzes und weiterer Gesetze geregelt. Dieses Vorhaben ging in dieser Sitzungswoche in die erste Lesung.

Bekämpfung der Steuerumgehung

Auf nationaler Ebene ziehen wir die erforderlichen Konsequenzen aus den Enthüllungen im Zuge der sogenannten „Panama Papers“. Mit unserem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung beraten haben, erschweren wir inländischen Steuerpflichtigen die Möglichkeiten mittels Briefkastenfirmen in Steueroasen ihre Steuerpflichten in Deutschland zu umgehen. Hierfür wollen wir Mitwirkungspflichten erweitern, neue Anzeigepflichten für Banken einführen und die Finanzverwaltung mit umfassenden Ermittlungsbefugnissen ausstatten.

MINT-Bildung stärken

Deutschland braucht hochqualifizierte Fachkräfte – insbesondere in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Wir begrüßen das Engagement der Bundesregierung, der Wirtschaft und privater Initiativen den MINT-Nachwuchs zu fördern. Um dem dennoch drohenden Fachkräftemangel in diesem Bereich früh entgegenzuwirken, fordern wir die Bundesregierung und die Länder in unserem Antrag auf, die MINT-Bildung in Deutschland weiter zu stärken. Hierfür setzen wir uns für ein strategisches Gesamtkonzept ab der frühkindlichen Bildung und die Einrichtung eines bundesweiten MINT-E-Portals ein.

Nominierungsveranstaltung zur Landtags- und Bundestagswahl am 28. Januar 2017



Mit dem Landtagsabgeordneten und CDU-Kreisvorsitzenden Dirk Toepffer sowie dem Landtagskandidaten Jesse Jeng

In den Medien

Am 16. Februar war ich in der Sendung Maybrit Illner zum Thema „Zwischen Trump und Putin - muss Europa aufrüsten?“ zu Gast: <http://t1p.de/byvz>

Am 15. Februar wurde ich im ZDF-Morgenmagazin zum Thema der Investitionen im Sicherheitsbereich interviewt: <http://t1p.de/kvl9>

In der Süddeutschen Zeitung habe ich am 15. Februar einen Namensartikel zur fairen Gestaltung des transatlantischen Verhältnisses veröffentlicht: <http://t1p.de/2pzh>

Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.ursula-von-der-leyen.de

Bildrechtenachweis:

L. Chaperon; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt, vdL / DF.